



Im Mittelpunkt eines Parteienskandals: der Kärntner Landtag APA/EGGENBERGER

„Das meiste Geld der Parteien fließt in die Zeitungsinsertate“

IN WAHRHEIT

Auto-Flotten, Broschüren, Plakate

Die Parteien sind in der Wahl ihrer Werbemittel frei. Die Zeitungsinsertate machten nur einen Teil der Aufwendungen im Wahlkampf aus. Der Großteil floss in überdimensionierte Plakatwände, die in nie da gewesenem Ausmaß das Land verschandelten. Dazu kamen kiloweise Broschüren, mit denen die Haushalte überschwemmt wurden, riesige Flotten von

Wahlkampfautos, teure Begleitmusikgruppen und hunderte Wahlkampfhelfer. Insertate sind keine Geschenke an Zeitungen, sondern ein Geschäft. Inserenten wollen vom Verbreitungsgrad des Mediums profitieren. Die *Kleine Zeitung* hat den größten Verbreitungsgrad. Die Berichterstattung einer unabhängigen Zeitung lässt sich mit Insertaten aber nicht kaufen.

„Die Erhöhung dient der Stärkung der Kontrollfunktion des Landtags“

IN WAHRHEIT

Versorgung von Parteimitarbeitern

Vor allem die Grünen rechtfertigen ihre Zustimmung zur drastischen Erhöhung damit, dass sie der Stärkung des Landtages diene. Mitnichten! Wollte die Politik den Landtag tatsächlich stärken, müsste sie ihm eine eigene Verfassungsabteilung einrichten sowie den Landesrechnungshof personell besser ausstatten. Denn der Landesrechnungshof ist Organ des

Landtages und die einzige echte Kontrolleinrichtung im Land. Der gefasste Beschluss, die Klubförderung und die Anzahl an Mitarbeitern zu verdoppeln, dient nur der Entlastung der Parteiapparate. So stellt das BZÖ seinen Abgeordneten Gernot Darmann im Landtagsklub an und verhilft ihm so zu einem zweiten hohen Einkommen neben dem Abgeordnetenbezug.

„Das Super-Wahljahr verursachte entsprechende Kosten“

IN WAHRHEIT

Wahl-Infrastruktur zahlt das Land

Bürgermeister-, Gemeinderats- und Landtagswahlen fanden heuer gleichzeitig am 1. März statt. Die Zusammenlegung war eine politische Entscheidung, ebenso wie der erstmals durchgeführte vorzeitige Wahltag. Ob getrennt oder an einem Tag gewählt wird, ist einerlei. Kosten für die geöffneten Wahllokale, Wahlkommissionen und Schulungen der Beisitzer fallen im-

mer an. Sie werden von der öffentlichen Hand bezahlt. Für die Parteien ergaben sich aus dem Super-Wahlsonntag keine Mehrkosten. Deshalb ist es nicht gerechtfertigt, die drei Millionen Euro hohe Wahlkampfkosten-Rückerstattung damit zu begründen. Außerdem sollte die 2004 beschlossene Wahlkampfkosten-Rückerstattung die letzte sein.

REAKTION

„Erhöhung der Parteienförderung sofort zurücknehmen“

Die Junge Industrie zeigt sich besorgt über die Kärntner Politik auf Kosten der Zukunft.

KLAGENFURT. „Wenn ein Unternehmen mehr Geld ausgibt, als es zur Verfügung hat, steht es früher oder später vor dem Konkursrichter. Wenn alle Parteien im Wahlkampf mehr ausgeben, als sie sich leisten können, zahlt hinterher der Steuerzahler“, ärgert sich Markus Leeb, Vorsitzender

der Jungen Industrie Kärnten. Weil die Politik nur noch in Legislaturperioden denke, werde heute schon alles Geld ausgegeben, das künftige Generationen noch dringend brauchen werden. Die Überalterung Kärntens schreite rascher voran als in anderen Bundesländern, was deut-

lich höhere Kosten im Gesundheits- und Pflegebereich erfordern werde. Davor könne man nicht die Augen verschließen, sagt Leeb. Er fordert nicht nur eine sofortige Rücknahme der erhöhten Parteienförderung, sondern auch Strategien zur Eindämmung der Schuldenpolitik.